



„Mission accomplished?“

Es ist offiziell: Bin Laden ist tot. Es gibt zwar keine Leichenbilder, aber wer braucht so etwas? Auch die al Quaida hat sein Ableben mittlerweile bestätigt. Einen Aufschrei gab es vor allem in Deutschland, als die Bundeskanzlerin bekundete: „Ich freue mich, dass es gelungen ist, bin Laden zu töten“. Es entbrannte eine Diskussion über Christentum, Respekt und Pietät.

In den USA hingegen versammelten sich die Menschen auf den Straßen und feierten den Tod des personifizierten Bösen. Für viele Deutsche wirkte das befremdlich. In Wirklichkeit ist es aber nur konsequent, hatte doch Präsident Obama zum Ende seines Wahlkampfes 2008 den Tod bin Ladens angekündigt: „We will take them [al Qaeda] out. We will kill bin Laden. We will crush Al Quaida. That has to be our biggest national security priority.“

Ob diese Herangehensweise vertretbar ist? – Ja, absolut.

Selbstverständlich war der Einsatz im pakistanischen Abottabad auch ein Racheakt für die Anschläge vom 11. September 2001. Einen gewissen Idealismus kann man den USA nicht absprechen. Denn eines ist sicher: ein groß angelegter Krieg ist nicht wirtschaftlich sinnvoll. Es muss neben Vergeltung, Öl und Selbstverteidigung noch einen ideologischen Antrieb geben, in den Krieg zu ziehen.

Lässt man die nicht unwesentlichen völkerrechtlichen Argumente der Souveränitätsverletzung bei Seite, ist der Einsatz absolut legitim. Die Legitimation liegt im Selbstverständnis der Nation begraben. Vor allem das „Manifest Destiny“ spielt in der Außenpolitik und dem Auftreten der USA als „Weltpolizei“ eine große Rolle. Die Vereinigten Staaten sind das selbsterklärte auserwählte Volk.

Im 19. Jahrhundert bezog sich diese Doktrin auf den göttlichen Anspruch zur Expansion über die Grenzen Nordamerikas hinaus und in den Mittleren Westen. Die Prämisse war es, anderen Völkern die Ideale der Demokratie und der Zivilisation zu vermitteln. Diese Tradition ist fest in der amerikanischen Kultur verankert und zeigt sich heute im Krieg gegen Afghanistan und Irak und, nicht auch zuletzt in der Hinrichtung von Osama bin Laden.

Schließlich weisen auch die Namen der Missionen im Stile von „Operation Enduring Freedom“ darauf hin, dass es hier um mehr geht als Massenvernichtungswaffen und einen sicheren Hindukusch.

Ex-Präsident George W. Bush hatte mit seiner Außenpolitik den Unmut großer Weltteile auf sich gezogen und den global verbreiteten Anti-Amerikanismus auf ein völlig neues Niveau gehoben. Bei der Operation in Afghanistan waren 30 Länder beteiligt. Im Irak waren – sind – es 40. Keines dieser Länder könnte vor seinem Volk eine Anführerrolle rechtfertigen oder wollte das auch nur versuchen. Insofern kann man Bush ein kleines Stück weit verstehen, wenn er immer wieder betont, dass er die Kritik an seiner Administration gelassen sieht und auf den größeren historischen Kontext hinweist, nach dem Motto „wenn nicht wir, wer sonst“.

Aus diesem Grund muss die USA weiterhin Mut zur Stärke und Härte in der Außenpolitik beweisen. Durch den Einmarsch in Afghanistan wurde zumindest ein Versuch unternommen ein zerrissenes Land, das unter einer Terrorherrschaft litt, zu stabilisieren. So könnte man die Frage stellen, warum vorher kein europäischer Staat eingegriffen hat. Gerade durch die geografische Nähe müsste Europa eigentlich größeres Interesse an einem stabilen Nahen Osten haben als die USA. Dass sich derartige Konflikte nicht ewig verdrängen lassen, zeigen sicherlich auch die Entwicklungen der letzten Monate in den Nordafrikanischen Ländern.

Somit ist es bewundernswert, wenn die USA in Krisengebieten einschreitet und sich damit den Schuh des „Buhmanns“ anzieht. Es mag polemisch klingen, doch insgeheim beneiden die anderen Länder die USA sicherlich um ihren Einsatzwillen.

(Text: Lea Kramer)